

## Koalitionsvertrag 2025 verspricht »Wohlstand für Alle«

Von Georg Geiger, Value-Holdings AG

**»Nichts ist in der Regel unsozialer als der so genannte Wohlfahrtsstaat, der die menschliche Verantwortung und die individuelle Leistung absinken lässt.«**

(Ludwig Erhard, »Vater« des deutschen Wirtschaftswunders)

**»Wir erneuern das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft – Chancen und Wohlstand für alle«**

So haben es die Koalitionäre aus CDU/CSU und SPD in dem Koalitionsvertrag mit dem Titel »Verantwortung für Deutschland« für die 21. Legislaturperiode festgehalten. Möglicherweise ist es ein positives Signal, dass das Thema Wirtschaft bereits im 1. Kapitel ab Seite 4 behandelt wird. Dabei wird versucht aufzuzeigen, wie eine gemeinsame Kraftanstrengung zu neuem Wirtschaftswachstum und »guter Arbeit« führen kann. Im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung dagegen kam die Wirtschaft erst im 3. Kapitel ab Seite 20 als ein Objekt vor, das unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft umgebaut werden sollte. Es ging nicht um Wachstum, Chancen oder Wohlstand für alle, sondern um Transformation, ökologische Verantwortung und entwaldungsfreie Lieferketten, um nur einige Stichworte zu nennen. Nicht dass wir gegen nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften wären, aber es hat sich gezeigt, dass zu dichte Regulierungen und Vorschriften möglicherweise gut gemeint waren, aber letztendlich so schlecht gemacht worden waren, dass sie die Wirtschaft insgesamt in die Rezession geführt haben. Wir beschäftigen uns deshalb mit der Frage: Können die im Koalitionsvertrag 2025 aufgeführten Ziele in der Wirtschaft für Aufbruchstimmung sorgen und einen neuen Aufschwung einleiten? Der Bezug auf Ludwig Erhard, der 1957 seine Gedanken zu einer sozialen Marktwirtschaft in dem Buch »Wohlstand für Alle« dargelegt hat, lässt zumindest hoffen.

**»Die deutsche Wirtschaft stark machen«**

Die Herausforderungen sind jedenfalls erkannt. Überbordende Bürokratie, Fach- und Arbeitskräftemangel, zu hohe Energiepreise. Die im internationalen Vergleich mit 24 Cent pro Kilowattstunde außerordentlich hohen Energiepreise sollen durch ein »Strompreispaket«, das beispielsweise die Senkung der Stromsteuer, eine Reduzierung von Netzentgelten und die Abschaffung der Gasspeicherumlage

vorsieht, gesenkt werden. Eine Absenkung um 5 Cent ist das Ziel für Unternehmen und private Verbraucher. Dadurch würde sich der teure deutsche Industriestrompreis wieder dem europäischen Mittelwert von 18 Cent annähern, was allerdings immer noch deutlich über den Preisen in Skandinavien von 9 Cent oder den USA, Kanada und China mit rund 8 Cent liegt.



Georg Geiger ist Gründer  
und Vorstand der Value-Holdings AG

[www.value-holdings.de](http://www.value-holdings.de)

Zudem muss der Fachkräftemangel überwunden werden. Doch nicht nur Fachkräfte sind gefragt, auch die Motivation zur Arbeitsaufnahme überhaupt muss gesteigert werden. Dazu ist vorgesehen, das Bürgergeld abzuschaffen und durch eine Bündelung von Sozialleistungen in einer Grundsicherung zu ersetzen. Um arbeitsfähige Bezieher von Grundsicherung besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sollen Anreize geschaffen werden, damit die Bezieher dieser Leistungen motiviert werden, ein höheres Arbeitseinkommen zu erzielen und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen aufzunehmen. Ludwig Erhard's Meinung über den Wohlfahrtsstaat lässt grüßen. Außerdem ist geplant, dass Rentner künftig 2.000 Euro pro Monat steuerfrei hinzuverdienen dürfen, wodurch wertvolle Senior-Fachkräfte in den Unternehmen gehalten oder in den Arbeitsmarkt zurückgelockt werden könnten.

Die schwierigste Aufgabe dürfte es sein, die Bürokratie »zurückzubauen«. Dazu werden viele Ideen genannt, wie die Digitalisierung der Verwaltung, die künftig One-Stop-Shop-Behördengänge erlauben soll, bei denen alle Anträge über ein zentrales System eingereicht werden können. Dadurch sollen auch Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden ermöglicht werden. Ferner sollen Genehmigungsverfahren verkürzt, das Vergaberecht vereinfacht und in Abstimmung mit der EU-Kommission Regulierungen wie beispielsweise der CBAM-CO2-Grenzausgleichsmechanismus vereinfacht werden.

Der größte Wachstumsimpuls wird von neuen Investitionen erwartet. Das soll nicht nur von dem neuen, allerdings schuldenfinanzierten 500-Milliarden-Programm für Ver-

teidigung und Infrastruktur ausgehen, sondern auch von weiteren Initiativen wie dem von der KfW bereitgestellten Wachstums- und Innovationskapital.

### **Schwerpunkte Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen**

Das Thema Verkehr und Infrastruktur hatten wir bereits in unseren Beiträgen in den Ausgaben 12/2024 und 01/2025 im Elitebrief behandelt. Auch der Koalitionsvertrag greift diese Themen auf und unterstreicht die Notwendigkeit, sowohl die Energie- als auch die Verkehrsinfrastruktur auszubauen. Neben verstärkten Investitionen in den Schienenverkehr wird aber auch darauf hingewiesen, dass der Sanierungsstau, insbesondere bei Brücken und Tunneln, aufgelöst werden muss.

Deshalb wollen wir uns in diesem Beitrag detaillierter mit dem Thema Bauen und Wohnen beschäftigen. Sie erinnern sich – jährlich 400.000 Wohnungsneubauten hatte die letzte Regierung vollmundig versprochen. Das Ziel wurde in den Jahren 2022 bis 2024 deutlich verfehlt und bei 172.000 Wohnungs-Neubaugenehmigungen im Jahr 2024 wäre es eine große Überraschung, wenn in diesem Jahr mehr als 200.000 fertiggestellt würden. Warum ist das so? Die Antwort ist einfach: Diese Wohnungen sollte irgendjemand bauen, dem man mit Mietpreispbremsen, Enteignungsdrohungen, wachsender Bürokratie, ständig wechselnden baurechtlichen Anforderungen und Förderbedingungen sowie zunehmend mieterfreundlicher Rechtsprechung auf dem Weg zum Bauobjekt jede Menge Hindernisse in den Weg legt.

Wie kann das geändert werden? Denn Bauen ist auch noch zu teuer, um auskömmliche Renditen zu erbringen. Um fast 50 % ist es von 2021 bis heute teurer geworden, ein Wohnhaus zu bauen. Und die Hypothekenzinsen sind, trotz der jüngsten Senkungen, immer noch deutlich höher als vor vier Jahren.

Was ist vorgesehen, damit wieder mehr gebaut wird? Zuerst wird eine grundsätzliche Überarbeitung des Planungs-, Bau-, Umwelt-, Vergabe- und Verfahrensrechts angestrebt. Dadurch sollen die Verfahrensstufen reduziert, Doppelprüfungen abgebaut und somit das gesamte Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, wodurch nebenbei auch Kosten gespart werden. Speziell für den Wohnungsbau sind vereinfachte Regelungen vorgesehen, die dazu führen sollen, die Normsetzung

auf ein sicherheitsrelevantes Maß zurückzuführen, um damit den Bau zu verbilligen. Diese vereinfachten Baustandards werden über den Gebäudetyp E abgesichert, wodurch ein Abweichen von bestimmten Technikregeln künftig keinen Mangel mehr darstellt.

Um das kostengünstigere serielle Bauen zu fördern, werden die technischen Baubestimmungen der Länder angepasst, um bundeseinheitliche Genehmigungsgrundlagen zu schaffen. Zur Wohnungseigentumsbildung werden verbesserte steuerliche Förderungen für Familien eingeführt, die sowohl für den Neubau als auch zur Sanierung bestehenden Wohnraums genutzt werden können. Durch die Vereinfachungen im Baurecht, kostengünstiges serielle Bauen und die steuerliche Förderung von Bauvorhaben hofft die neue Regierung, die Neubauzahlen wieder deutlich zu steigern.

### **Fazit:**

Die neuen Regierungspartner aus CDU/CSU und SPD haben die Notwendigkeit erkannt, in der Wirtschaftspolitik umzusteuern. Im Koalitionsvertrag werden verschiedenste Vorhaben beschrieben, wie die deutsche Wirtschaft wieder flott gemacht werden soll, um aus der nun fast drei Jahre dauernden Rezession zu kommen und einen neuen Aufschwung zu starten. Insbesondere den Themen Verkehr, Infrastruktur, Bauen und Wohnen wird ein breiter Raum eingeräumt. Natürlich müssen diese Vorhaben noch in Gesetze gegossen werden, um ihre Wirksamkeit zu entfalten. Aber schon Ludwig Erhard konstatierte: Wirtschaft ist zu 50 % Psychologie.

Wenn nach der Regierungsbildung eine neue Aufbruchstimmung aufkommt und dies in der Folge durch eine neue Wirtschaftspolitik gefördert wird, hat Deutschland wirklich die Chance zu einem neuen Aufschwung. In der nächsten Ausgabe des Elitebrief wollen wir dann untersuchen, welche Unternehmen von dieser neuen Politik profitieren und wo wir als Investoren Chancen sehen, daran zu partizipieren. □

*Hinweis auf den Value-Holdings-Fondsbericht und den Aktionärsbrief der Value-Holdings AG: Wenn Sie sich dafür interessieren, wie Value-Holdings im Rahmen der Value-Investing-Strategie in erfolgreiche Unternehmen investiert, dann können Sie sich gerne auf unseren Verteiler für den vierteljährlich erscheinenden Value-Holdings-Fondsbericht und/oder den Aktionärsbrief der Value-Holdings AG eintragen lassen. Senden Sie uns hierfür bitte eine E-Mail an: [investoreninfo@value-holdings.de](mailto:investoreninfo@value-holdings.de)*

ANZEIGE

# Deutschland braucht mehr Ja-Sager.

**Ja zu Herausforderungen. Ja zu verrückten Ideen. Ja zur Aufbruchstimmung. Ja zu Neugier. Ja zu Ungeduld. Ja zum An-sich-Glauben. Ja zum Ausprobieren. Und Scheiterndürfen. Ja zu „Warum nicht?“. Ja zu „Jetzt erst recht!“. Ja zu hohen Zielen. Und übers Ziel hinausschießen. Ja zu Quereinsteigern. Ja zu Auf-, Aus- und Umsteigern. Ja zu Digital Nomads. Ja zu New Work. Und zur Expertise der Alten. Ja zu einfach mal anfangen. Ja zu nie auslernen. Ja zu Open Source. Und Open Minds. Ja zu KI und IoT. Ja zum Wissenwollen. Und Machenwollen. Ja zu Wagemut. Ja zu Ehrgeiz. Ja zu Erfahrung. Und neuen Erfahrungen. Ja zum Zweifeln. Ja zur Zusammenarbeit. Ja zu Experimentierfreude. Und Erfindergeist. Ja zu neuen Wegen. Ja zu schwierigen Entscheidungen. Ja zu interdisziplinär. Und zu außergewöhnlich. Ja zu Vorbildern. Ja zu Nachhaltigkeit. Ja zu „Jetzt, nicht irgendwann“. Ja zum Infragestellen. Und Antwortensuchen. Ja zu einem ehrlichen Nein. Ja zum Kleinanfangen. Ja zum Große-Pläne-Haben. Ja zur Beharrlichkeit. Ja zum Um-die-Ecke-Denken. Ja zum Hinfallen. Und Wiederaufstehen. Ja zum Träumen. Ja zum Handeln. Ja zum Ja-Sagen. Ja zu **BEREIT FÜR NEUES DENKEN.****



Mehr erfahren und testen unter [handelsblatt.com/neuesdenken](https://www.handelsblatt.com/neuesdenken)

**Handelsblatt**  
Substanz entscheidet.

**Impressum: Anschrift:** Elite Report Redaktion, Schumannstraße 2/III, 81679 München, Telefon: +49 (0) 89 / 470 36 48, [redaktion@elitebrief.de](mailto:redaktion@elitebrief.de)  
**Chefredakteur:** Hans-Kaspar v. Schönfels v.i.S.d.P. **Realisation:** Falk v. Schönfels **Steuern und Recht:** Jürgen E. Leske

**Rechtliche Hinweise/Disclaimer:** Die enthaltenen Informationen in diesem Newsletter dienen allgemeinen Informationszwecken und beziehen sich nicht auf die spezielle Situation einer Einzelperson oder einer juristischen Person. Sie stellen keine betriebswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche, rechtliche oder steuerliche Beratung dar. Im konkreten Einzelfall kann der vorliegende Inhalt keine individuelle Beratung durch fachkundige Personen ersetzen. Der Inhalt darf somit keinesfalls als Beratung aufgefasst werden, auch nicht stillschweigend, da wir mittels veröffentlichter Inhalte lediglich unsere subjektive Meinung reflektieren. Handelsanregungen oder Empfehlungen in diesem Newsletter stellen keine Aufforderung von Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder derivativen Finanzprodukten, auch nicht stillschweigend, dar. Niemand darf aufgrund dieser Informationen handeln ohne geeigneten fachlichen Rat und ohne gründliche Analyse der betreffenden Situation. Für Entscheidungen, die der Verwender auf Grund der vorgenannten Informationen trifft, übernehmen wir keine Verantwortung. Obwohl wir uns bei der Auswahl des Informationsangebotes um größtmögliche Sorg-

falt bemühen, haften wir nicht für ihre Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Wir behalten uns das Recht vor, die in diesem Newsletter angebotenen Informationen, Produkte oder Dienstleistungen ohne gesonderte Ankündigung jederzeit zu verändern, zu ergänzen, zu löschen oder zu aktualisieren. Indirekte sowie direkte Regressansprüche und Gewährleistung wird für jegliche Inhalte kategorisch ausgeschlossen.

Leser, die aufgrund der in diesem Newsletter veröffentlichten Inhalte Anlageneinsparungen treffen, handeln auf eigene Gefahr, die hier veröffentlichten oder anderweitig damit im Zusammenhang stehenden Informationen begründen keinerlei Haftungsobliegenheit.

Ausdrücklich weisen wir auf die im Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft erheblichen Risiken hoher Wertverluste hin. Das Informationsangebot in diesem Newsletter stellt insbesondere kein bindendes Vertragsangebot unsererseits dar. Soweit dies nicht ausdrücklich vermerkt ist, können über diesen Newsletter auch seitens der Leser keine Angebote abgegeben oder Bestellungen getätigt werden. Für alle Hyperlinks und Informationen Dritter

gilt: Die Elite Report Redaktion erklärt ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten zu haben. Daher distanziert sich die Elite Report Redaktion von den Inhalten aller verlinkten Seiten und macht sich deren Inhalte ausdrücklich nicht zu Eigen. Diese Erklärung gilt für alle in den Seiten vorhandenen Hyperlinks, ob angezeigt oder verborgen, und für alle Inhalte der Seiten, zu denen diese Hyperlinks führen. Auch für Werbeeinhalte Dritter übernimmt die Elite Report Redaktion keinerlei Haftung.

Das Copyright dieses Newsletters liegt bei der Elite Report Redaktion, München. Alle Rechte vorbehalten. Die Vervielfältigung dieses Newsletters im Wege des Herunterladens auf dauerhafte Datenträger und/oder des Ausdrucks auf Papier sowie die Weiterverbreitung ist gestattet.

Jede andere Nutzung des urheberrechtlich geschützten Materials ist ohne unsere schriftliche Genehmigung untersagt. Für gegebenenfalls bestehende oder künftig entstehende Rechtsverhältnisse ist ausschließlich deutsches Recht anwendbar und sind nur deutsche Gerichte zuständig.